

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 9

vom 8. März 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Bundesweites Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" 2

Stadtentwicklung und Umwelt

„Neue Mitte Wilhelmsburg“ 3

Ausbau der erneuerbaren Energien und Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes..... 4

Verkehr

Fairparken in Hamburg10

Frauenpolitik/Gleichstellung

Gleichstellung von Frauen und Männern12

Ehe für homosexuelle Paare14

Bundespräsident zeichnet Hamburgerinnen zum Internationalen Frauentag aus15

Internationaler Frauentag 2013.....17

Kultur

Zürich und Hamburg fördern gemeinsam bildende Künstler18

300 Jahre Carl Philipp Emanuel Bach19

Internationale Bauausstellung

IBA und SchwörerHaus präsentieren innovatives Wohnhaus in Wilhelmsburg21

Im kleinsten IBA-Projekt wird Brot gebacken23

internationale gartenschau

Die igs 2013 präsentiert sich kurz vor Eröffnung auf der ITB Berlin25

igs 2013 und die Metropolregion Hamburg: Eine starke Gemeinschaft.....27

Große Pflanzaktion: Hamburger Gartenschau igs 2013 pflanzt den Frühling!.....29

Zur Information

Terminkalender30

6. März 2013/basfi06

Bundesweites Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"

Nummer des Bundesfamilienministeriums heute freigeschaltet

Am heutigen Mittwoch hat das Bundesfamilienministerium das Bundeshilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ freigeschaltet. Unter der zentralen Nummer 08000 116 016 können sich Frauen, die von Gewalt betroffen sind, ab sofort kostenlos, anonym und barrierefrei Hilfe und Unterstützung holen. Das Telefon wird bundesweit und an 24 Stunden an 365 Tagen erreichbar sein.

Das neue Hilfetelefon ist ein wichtiger und richtiger Schritt, auch für Hamburger Frauen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind“, sagt **Staatsrat Jan Pörksen**. „Eine bundesweite Nummer, die rund um die Uhr anonym erreichbar ist, unterstützt diese Frauen dabei, sich rechtzeitig passgenaue Hilfen zu holen. Ich hoffe, dass Frauen, die Gewalt erfahren haben, sich an das Hilfetelefon wenden.“

Qualifizierte Beraterinnen bieten Erstberatung und Information für Betroffene, Angehörige und Fachpersonal an. Bei Bedarf vermitteln sie die Frauen an Anlaufstellen vor Ort. Das gilt nicht nur für den Bereich Häusliche Gewalt, sondern auch für Gewaltformen wie Zwangsheirat, sexuelle Belästigung, Genitalverstümmelung oder Frauenhandel. Hamburg verfügt für alle Gewaltformen über ein qualifiziertes Netz von Opferberatungseinrichtungen.

Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Pressestelle | Nicole Serocka
Tel.: +49 40 42863 – 2889 | pressestelle@basfi.hamburg.de

07. März 2013/bsu07

„Neue Mitte Wilhelmsburg“

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zieht ab Ende Mai an ihren neuen Standort

Es ist der erste große Behördenumzug seit 2001: Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zieht von der Stadthausbrücke in der Innenstadt an die Neuenfelder Straße auf Wilhelmsburg. Rund 1.500 Beschäftigte wagen „den Sprung über die Elbe“ in eines der modernsten Gebäude der Stadt. Gebaut hat den Komplex die Hamburger Sprinkenhof AG, die die neue Behörde exakt im Zeit- und Kostenrahmen übergeben wird. Heute fand der erste große Rundgang statt.

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Unser Umzug ist konkrete Stadtentwicklung, wir sind zu Recht IBA-Referenzprojekt und eine neue Landmarke. Der Bau erfüllt höchste Energie- und Klimaschutzansprüche. Da ich in Altenwerder südlich der Elbe groß geworden bin, freue ich mich auch ganz persönlich sehr auf Wilhelmsburg und hoffe auf gute Nachbarschaft.“

Mit dem Umzug enden für die ehemalige Baubehörde 67 Jahre an der Stadthausbrücke, für die ehemalige Umweltbehörde sechs Jahre. Sechs von der Innenstadt bis nach Rothenburgsort verstreute Dienststellen, Fachämter und ein Landesbetrieb werden am neuen Standort in Wilhelmsburg zusammengefasst. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird von Ende Mai bis Ende Juni umziehen, Mitte Juli wird mit dem Umzug des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung der letzte Bürostuhl in der Neuenfelder Straße ausgepackt sein.

Henning Tants, Vorstandssprecher der Sprinkenhof AG: „Der Bau war wegen Form und Umweltschutzansprüchen eine Herausforderung – in dieser Größe gibt es bisher in Hamburg kein Gebäude mit einem Energieverbrauch, der fast an den Passivhaus-Standard heranreicht. In Zeiten mit Dauerdiskussionen um Kostenexplosionen bei Bauprojekten sind wir stolz darauf, exakt im Rahmen zu bleiben.“

Das neue Gebäude erreicht den sogenannten KW70-Standard, d.h. es verbraucht pro m² 70 Kilo-wattstunden Heizenergie im Jahr (ungedämmte Häuser 300 KW). Es hat ein ausgeklügeltes Be- und Entlüftungssystem mit Wärmerückgewinnung. In allen Räumen sind „Thermoaktivdecken“ eingezogen, die über eingelegte Leitungen sowohl wärmen als auch kühlen können. Die Beleuchtung der Büros kann entweder individuell gesteuert werden oder läuft über Präsenzmelder automatisch. Der Sonnenschutz ist in die Außenfassade integriert. Die Hälfte der rund 1.600 Bohrpfähle im weichen Untergrund der Elbinsel zapfen Geothermie an. Für all das hat das Gebäude bereits im Vorfeld das Zertifikat in Gold der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen bekommen.

Kontakt: Sprinkenhof AG, 040-33954-214, info@sprinkenhof.de | Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

04.März 2013/pr04

Ausbau der erneuerbaren Energien und Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes: Positionspapier der fünf norddeutschen Länder

Die Regierungschefs der norddeutschen Bundesländer haben sich in einem gemeinsamen Positionspapier zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für eine Versachlichung der Debatte ausgesprochen. In dem Papier wird die gemeinsame norddeutsche Position zu den Ausbauzielen der Erneuerbaren Energien festgeschrieben. Weiter formuliert das Papier die Position der norddeutschen Länder zu einer Weiterentwicklung des EEG und weiterer Rahmenbedingungen.

Die Debatte um die Weiterentwicklung des EEG sei „in erheblichem Maß durch eine Vielzahl unabgestimmter und unausgeglichener Äußerungen bestimmt“, heißt es in dem Papier der Ministerpräsidenten Olaf Scholz (Hamburg), Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern), Stephan Weil (Niedersachsen), Jens Böhrnsen (Bremen) und Torsten Albig (Schleswig-Holstein). Folge sei eine Verunsicherung potenzieller Investoren und eine Gefährdung der Energiewende in Deutschland.

Mit ihrem Positionspapier wollen die norddeutschen Regierungschefs „einen Beitrag leisten für eine ruhige und rationale Diskussion der Novellierung des EEG, die gleichzeitig dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Dämpfung des Strompreisanstiegs dient“.

Die Erneuerbaren Energien hätten sich in Norddeutschland in den vergangenen Jahren erfolgreich entwickelt und könnten auch in Zukunft „einen erheblichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten“. Die norddeutschen Länder sehen hierbei bundesweiten Abstimmungsbedarf.

Anlage: Positionspapier

Rückfragen:
Jörg Schmoll
stellv. Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 41
Mobil: 0152 / 0900 7014
Mail: joerg.schmoll.@sk.hamburg.de

Gemeinsame Erklärung der Regierungschefs der norddeutschen Länder zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Weiterentwicklung des EEG

Die aktuelle Debatte um die Weiterentwicklung des EEG ist in erheblichen Maß durch eine Vielzahl unabgestimmter und unausgeglichener Äußerungen bestimmt. Dies führt zu einer starken Verunsicherung potenzieller Investoren. Die Ziele der deutschen Energiewende sind hierdurch in Gefahr. Die norddeutschen Länder wollen deshalb mit diesem Positionspapier einen Beitrag leisten für eine ruhige und rationale Diskussion der Novellierung des EEG, die gleichzeitig dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Dämpfung des Strompreisanstiegs dient. Bei den Überlegungen zur Dämpfung des Strompreisanstiegs sind sämtliche Bestandteile des Strompreises zu betrachten.

Die Erneuerbaren Energien haben sich in Norddeutschland in den vergangenen Jahren erfolgreich entwickelt und können auch in Zukunft einen erheblichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. Die norddeutschen Länder sehen hierbei bundesweiten Abstimmungsbedarf. Bei der Weiterentwicklung des EEG sollen aus Sicht der norddeutschen Länder folgende Überlegungen berücksichtigt werden.

I. Bestandsaufnahme

Die installierte elektrische Leistung für die unterschiedlichen Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	Jahr	Wind Onshore MW	PV MW	Biomasse MW(el)	Wasserkraft* MW
Hamburg	2011	53	35	1	0
	2012	53	29	37	0
Bremen	2011	140	25	0	0
	2012	147	30	0	10
Mecklenburg- Vorpommern	2011	1.627	533	164	3
	2012	1.950	953	210	3
Niedersachsen	2011	7.039	2.253	743	85
	2012	7.340	2.856	1.035	60
Schleswig- Holstein	2011	3.271	974	261	6
	2012	3.590	**	**	**

Quelle: Werte für 2011/2010 aus Agentur Erneuerbare Energien (www.förderal-erneuerbar.de), Werte für 2012 nach Angabe der jeweiligen Länder. * Wasserkraft für 2010 statt 2011, **noch keine Angaben verfügbar.

Insgesamt sind im Bereich der Offshore-Windenergieerzeugung Anlagen mit einer Leistung von 215 MW (Stand 2011) errichtet; davon 200 MW mit Netzanschluss. (Quelle: DEWI)

Die Entwicklung der Erneuerbaren Energien erfolgt sehr dynamisch. Der von der Bundesnetzagentur am 30.11.2012 genehmigte Szenariorahmen für die Netz-entwicklungsplanung enthält folgendes Szenario C 2023. Bei der Aufstellung des Netzentwicklungsplans hat die Bundesnetzagentur allerdings geringere Werte zugrunde gelegt (Leitszenario B).

Szenario C 2023 – Annahmen zur regenerativen Erzeugung

in MW	Wind Onshore	Wind Offshore	PV	Biomasse	Wasserkraft	sonstige
Hamburg	100		100	< 100	< 100	< 100
Bremen	200		< 100	< 100	< 100	< 100
Mecklenburg-Vorpommern	8.400	2.800	2.500	400	< 100	< 100
Niedersachsen	14.200	12.000	3.700 (6.100)	1.100	100	200
Schleswig-Holstein	13.000	3.000	2.000	300	< 100	< 100

Quelle: Bundesnetzagentur, Szenariorahmen 2012, S. 66, Genehmigung v. 30.11.2012

Die Zahlen zur installierten Leistung können nicht mit Leistungszahlen von bestehenden konventionellen Kraftwerken verglichen werden, da die erneuerbaren Energien pro installierter Leistung sehr viel weniger Strom produzieren. Bei Wind an Land zum Beispiel fällt ungefähr ein Drittel der Strommenge pro installierter Leistung an. Es gibt Studien zu 100%-EE-Szenarien, die von einer sinnvollen Größenordnung von 200 GW Wind in Deutschland ausgehen.

Der Szenariorahmen wird jährlich durch die Bundesnetzagentur fortgeschrieben; die Länder sind an diesem Prozess beteiligt und werden auch weiterhin eingebunden.

II. Gemeinsame norddeutsche Position zu den Ausbauzielen der erneuerbaren Energien

1. Die Regierungschefs der norddeutschen Länder bekräftigen den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 26. Oktober 2012, wonach Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien aufeinander abzustimmen sind. In diesem Sinne sind die norddeutschen Länder bereit, im Interesse einer gemeinsamen Lösung ihre eigenen Planungen zu modifizieren.
2. Die norddeutschen Länder sprechen sich dafür aus, dass auch unter gesamtwirtschaftlichen Bedingungen die in Norddeutschland überwiegend vorherrschenden hervorragenden

Standortvoraussetzungen für Windenergie zukünftig im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Prozesses verstärkt dafür genutzt werden müssen, eine mit Blick auf die Kosten und die Leistungsfähigkeit effiziente Ansiedelung von EE-Anlagen voranzubringen.

3. Grundsätzlich hat der Netzausbau dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu folgen. Hierbei muss jedoch auch der notwendige Aufwand für den Netzanschluss der EE-Anlagen in Zukunft stärker Berücksichtigung finden.
4. Der weitere Ausbau der Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energieträgern muss durch die Setzung von effizienzorientierten Rahmenbedingungen (über eine geeignete Gestaltung der Inhalte des EEG und der Vergütungssätze etc.) gesteuert werden. Dieses ist die Grundlage für konkrete, wirtschaftlich belastbare Investitionsentscheidungen der EE-Anlagenbetreiber.

III. Position der norddeutschen Länder zu einer Weiterentwicklung des EEG und weiterer Rahmenbedingungen

Das EEG hat seit der Verabschiedung im Jahr 2000 dazu beigetragen, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion in Deutschland heute bei einem Anteil von 25 % liegt und weiter steigen wird. Damit sind die Erneuerbaren Energien von einem kleinen zu einem wesentlichen Bestandteil der Energieversorgung in Deutschland geworden. Angesichts der Notwendigkeit, die Klimaschutzziele zu erreichen und in die Energiewende umzusetzen, sind verlässliche Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre notwendig. Ziel muss es sein, die Erneuerbaren Energien zur tragenden Säule der Energieversorgung auszubauen. Damit sind aber auch neue Anforderungen an die Steuerungswirkung des EEG verbunden. Dies muss im Kontext einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung gesehen werden.

Die Diskussionen der vergangenen Monate hat gezeigt, dass der Umbau der Energieversorgung eine große Herausforderung ist, die neue Lösungen erfordert, die in einem breiten Konsens zwischen Bund und Ländern zu erreichen sind. Die norddeutschen Länder können und wollen ihren Anteil dazu beitragen und sind sich bewusst, dass im Sinne eines gesamtdeutschen und gesamtwirtschaftlichen Interessenausgleichs auch Modifizierungen ihrer eigenen Planungen erforderlich werden könnten.

Die nationale Ausbaustrategie erfordert eine politische Diskussion und Entscheidungsfindung, die dann in der zukünftigen Netzentwicklungsplanung zu berücksichtigen ist.

Vor diesem Hintergrund halten die norddeutschen Länder für eine Weiterentwicklung des EEG folgende Eckpunkte für wesentlich und zielführend:

- Die norddeutschen Länder betonen, dass eine anstehende EEG-Reform die Basis für eine nicht nur kurzfristige, sondern zur Wahrung des Vertrauensschutzes auch mittelfristige Ausbau-

/Planungssicherheit legen muss. Dazu gehören auch der grundsätzliche Einspeisevorrang und langfristig kalkulierbare Vergütungssätze.

- Bei der notwendigen Diskussion über die Varianten der EEG-Weiterentwicklung ist zu beachten, dass Strukturbrüche, die einen Abbruch der Ausbauentwicklung der Erneuerbaren Energien mit sich bringen zu vermeiden sind.

Deshalb haben die norddeutschen Länder grundlegende Bedenken, einen Systemwechsel, insbesondere durch eine Quotenregelung zu vollziehen. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass eine Quotenregelung das Investitionsrisiko und damit die Kosten steigert, eine notwendige Technologiedifferenzierung verhindert und die Ausbauziele gefährdet.

- Im Zusammenhang mit der Steuerung des Zubaus Erneuerbarer Energien halten die norddeutschen Länder eine Ausweitung der Kappungsgrenze wie in §20 b (9a) EEG auf weitere Technologien für kein geeignetes Instrument. Dies führt zu Strukturbrüchen und bremst Innovationen aus. Vielmehr sollten die Fördersätze in Einklang mit der technischen Entwicklung und den Ausbauzielen weiterhin degressiv gestaltet und abgesenkt werden, bis das Marktpreisniveau erreicht wird.
- Die Förderung der Eigenvermarktung sollte so modifiziert werden, dass Mitnahmeeffekte vermieden werden.
- Der wirtschaftlich sinnvolle Einsatz von Speichermöglichkeiten muss erforscht und ermöglicht werden.
- Die Vergütungssätze für die Einspeisung bedürfen einer kontinuierlichen Anpassung an die Marktentwicklung. Gleichzeitig müssen sie geeignet sein, eine verlässliche Planungsgrundlage zu bieten. Auf dem Weg dahin müssen die verschiedenen Technologien jeweils gesondert betrachtet werden, ggf. auch hinsichtlich einer Differenzierung hinsichtlich der Förderdauer.
 - Die norddeutschen Länder empfehlen, die Höhe der Einspeisevergütung für Wind Onshore zu überprüfen.
 - Für den Bereich der Offshore-Windenergie sind die zu erwartenden Lernkurven abzuwarten. Angesichts der schon entstandenen Verzögerungen beim Offshore-Ausbau halten die norddeutschen Länder eine Kompensation für die Fälle, die durch Verzögerungen beim Netzausbau das Stauchungsmodell in der geltenden Frist nicht mehr in Anspruch nehmen können, für notwendig. Dieses könnte z.B. durch Anpassung des Stauchungsmodells erfolgen.

- Die Einspeisevergütungen für Bioenergie sollen zukünftig konsequent an der bedarfsgerechten Stromerzeugung ausgerichtet werden. Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe sollte an die in wirtschaftlicher wie ökologischer Hinsicht begrenzten Potentiale angepasst werden. Dabei sind auch die begrenzten Potentiale an Energiebiomasse und Flächen-Nutzungskonkurrenzen zu beachten.

- Die Ausweitung des „atmenden Deckels“ auch auf andere Technologien scheint nur dort angemessen, wo ein nicht steuerbarer Ausbau zu erwarten ist. Dies ist bei der Fotovoltaik angemessen, da hier auch durch raumordnerische Festlegungen wenig Steuerung möglich ist. Für die Windenergie Onshore wird dieses anders eingeschätzt, da kein überhöhtes Bautempo zu verzeichnen ist und über raumordnerische Festlegungen eine ausreichende Steuerung bewirkt werden kann.

- Die Festlegung der Vergütungssätze hat sich in der Vergangenheit als langwierig und damit als Anpassung an die Marktentwicklung wenig praktikabel erwiesen. Dies hat zu Irritationen am Markt und zu späten Anpassungen der Vergütungssätze geführt. Die norddeutschen Länder halten eine Optimierung des Verfahrens und der Strukturen zur Anpassung der Vergütungssätze für sinnvoll.

- Die norddeutschen Länder halten es für zielführend, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Netzausbau besser zu synchronisieren. Grundsätzlich hat der Netzausbau jedoch dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu folgen. Es besteht Einvernehmen, dass der erzeugte Strom nicht bis auf die letzte kWh abtransportiert werden muss. Um bei Bedarf eine gezielte Steuerung des Ausbaus insbesondere der Windenergie auch auf regionaler Ebene zu bewirken, sind vorrangig die Instrumente der Raumordnung zu nutzen.

- Die Norddeutschen Länder fordern eine gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende. Sie begrüßen in diesem Zusammenhang die von der Bundesregierung angekündigte Überprüfung der Befreiungstatbestände bei den für die Energiewende zentralen Instrumenten. Insbesondere bei der inzwischen relativ hohen EEG-Umlage wird es allerdings zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie weiterhin zielorientierte, angemessene Ausgleichsregelungen geben müssen. Auch in Zukunft sollte es für Unternehmen erstrebenswert sein Energie zu sparen und Energieeffizienz zu steigern. Mit der Überprüfung soll auch Fehlanreize entgegengesteuert werden.

- Die Norddeutschen Länder stellen fest, dass im Strombereich die Investitionen in Energieeffizienz noch immer weit hinter den Investitionen in Erneuerbare Energien zurückliegen. Effizienzmaßnahmen sind nicht nur häufig sehr kostengünstig, sondern entlasten darüber hinaus auch die Netze. Die Anstrengungen dazu müssen erhöht werden.

05.03.2013/bwvi05

Fairparken in Hamburg

Neue Regeln – mehr Kontrollen

Öffentliche Parkplätze sind sehr begehrt, aber meist nur schwer zu finden. Viele der rund 6.500 Stellplätze an den Straßen in der Innenstadt werden von Dauerparkern belegt. Nur jeder Fünfte zahlt die Parkgebühr. Mit dem Ziel mehr Park- und Gebührengerechtigkeit zu schaffen, hat der Senat heute eine Optimierung der Parkraumbewirtschaftung beschlossen, die intensivere Kontrollen einschließt. Die Gebühren für das Parken bleiben stabil.

Senator Frank Horch: „Von einer höheren Fluktuation auf den Parkplätzen profitieren alle: Autofahrer, Einzelhandel und nicht zuletzt die Umwelt. Weniger Parksuchverkehr bedeutet auch weniger Lärm und Luftschadstoffe. Eine gut funktionierende Parkraumbewirtschaftung stärkt zudem die Wettbewerbssituation umweltfreundlicher Verkehrsmittel“

Hamburg verfügt bereits über eine fast flächendeckende Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Ring 1 und über weitere unzusammenhängende Gebiete und Straßenabschnitte im gesamten Stadtgebiet. Insgesamt sind etwa 11.000 öffentliche Parkplätze gebührenpflichtig. Der überwiegende Teil wird mit Parkscheinautomaten bewirtschaftet, etwa 300 mit Parkuhren. Auf weiteren circa 6.000 Parkplätzen gilt die Parkscheibenregelung. Die gebührenpflichtigen Parkplätze sind in drei unterschiedliche Gebühreazonen eingeteilt: Zone I = 1 Euro, Zone II = 0,50 Euro und Zone III = 0,25 Euro je angefangene halbe Stunde. Innerhalb der einzelnen Gebühreazonen gilt eine Vielzahl unterschiedlicher Bewirtschaftungszeiten, die sich in erster Linie noch an alten Ladenöffnungszeiten orientieren. Auch die Höchstparkdauer ist sehr verschieden zwischen 30 Minuten und 3 Stunden.

Der Senat hat beschlossen, die Vielzahl der Regelungen zu vereinheitlichen. So wird es nur noch zwei Bewirtschaftungszeiten geben: in Gebieten, in denen hauptsächlich Beschäftigte, Kunden und Besucher parken ist die Zeit von Montag bis Sonnabend von 9 bis 20 Uhr gebührenpflichtig. Gebiete, in denen Parkverkehr auch abends auftritt, z.B. Gastronomie, erhalten eine Bewirtschaftungszeit von Montag bis Sonnabend von 9 bis 24 Uhr.

Parkplätze in der Gebührezone I, die bisher mit der Parkscheibenregelung bewirtschaftet worden sind, werden künftig gebührenpflichtig. Betroffen sind hiervon insbesondere die Bewohnerparkgebiete

Schaarmarkt, Großneumarkt und Cremon. Bewohner mit Parkausweis sind von der Gebührenpflicht befreit. In der HafenCity werden 50 weitere Stellplätze gebührenpflichtig.

Zukünftig wird die Höchstparkdauer von 1 Stunde in Zone I und 2 Stunden in Zone II und Zone III festgesetzt. In Ausnahmefällen kann die Höchstparkdauer auf 30 Minuten begrenzt werden, z.B. im Bahnhofsumfeld.

Künftig können die Parkgebühren minutengenau bezahlt werden, wie dies beim Handyparken bereits möglich ist. Die Parkautomaten werden entsprechend den neuen Regelungen umgerüstet.

Die Überwachung der gebührenpflichtigen Parkplätze wird ab sofort zunächst im Innenstadtbereich deutlich erhöht.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326

e-mail: helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

5. März 2013/jb05

Gleichstellung von Frauen und Männern!

Senat beschließt erstes Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Der Senat hat heute das erste „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm“ für Hamburg beschlossen. Das Programm gibt erstmals eine Übersicht über 162 gleichstellungspolitische Maßnahmen der Fachbehörden und Senatsämter in Hamburg. Unter dem Titel „Selbstbestimmung und gerechte Teilhabe“ stellt es die gleichstellungspolitischen Herausforderungen für Hamburg dar und legt die Grundsätze und Leitlinien der Hamburger Gleichstellungspolitik fest. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm bildet künftig die Basis für die gleichstellungspolitische Arbeit in allen Behörden der Stadt. Es wird regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben.

„Gleichstellung gehört zu jeder modernen Gesellschaft und ist ein Gewinn für alle. Mir ist eine gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen wichtig. Mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm legen wir die Basis für unsere zukünftige Gleichstellungspolitik. Erstmals erfassen wir in Hamburg die gleichstellungspolitischen Maßnahmen in einem Programm. Mit ihm fördern wir die Geschlechtergerechtigkeit und bauen geschlechtsspezifische Benachteiligungen nach und nach ab,“ sagte Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek.

Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern ist ein verfassungsrechtlicher Auftrag. Das Grundgesetz legt fest, dass sich der Staat dafür einsetzt, bestehende Nachteile zu beseitigen (Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes). Die Realität bleibt aber immer noch dahinter zurück. Nach wie vor bestimmt häufig das Geschlecht den Platz in der Gesellschaft: beispielsweise bei der Wahl des Berufs, bei der Höhe des Gehalts, bei den Aufstiegsmöglichkeiten und beim Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass Frauen im Alter ein rund 60 Prozent geringeres Einkommen beziehen als Männer. **Typisch weibliche und männliche Rollenzuschreibungen können so die Selbstbestimmung des Einzelnen beeinträchtigen.**

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein gesamtgesellschaftliches Reformprojekt. Wir als Senat müssen die **Rahmenbedingungen so gestalten, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in dieser Stadt vorurteilsfrei und selbstbestimmt leben kann. Jeder und jede Einzelne muss frei entscheiden können,**“ sagt Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek.

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm folgt dem Lebensverlauf der Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und beleuchtet so die Schlüsselentscheidungen des Lebens. Es nimmt eine große Anzahl verschiedener Lebensbereiche und Handlungsfelder in den Blick: von der Kindheit und Jugend über die Bereiche Schule und Ausbildung zu den Themen Erwerbstätigkeit, Familie, Alter und Gesundheit. Zahlreiche weitere Themen wie

Gesellschaftliche Partizipation, Kultur, öffentliche Anerkennung und vieles mehr ergänzen diese Perspektive.

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm verfolgt dabei folgende Ziele:

1. Es analysiert die gleichstellungspolitischen Herausforderungen Hamburgs in den einzelnen Lebensbereichen.
2. Es formuliert die Grundsätze und Schwerpunkte der Hamburger Gleichstellungspolitik.
3. Es zeigt die Verantwortung der einzelnen Behörden für die Entwicklung bzw. Durchführung der einzelnen gleichstellungspolitischen Maßnahmen auf und nennt Zeiträume zur Umsetzung.
4. Es gibt einen Überblick über 162 gleichstellungspolitische Maßnahmen, die die Freie und Hansestadt Hamburg aktuell umsetzt.

Hamburg ist eines der ersten Länder, das ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm erarbeitet hat. Vergleichbare Programme gibt es bislang nur in Berlin und Brandenburg. In Hamburg wurde das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm unter der Federführung der Behörde für Justiz und Gleichstellung in enger Zusammenarbeit mit allen Fachbehörden erarbeitet.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

5. März 2013/jb05a

Ehe für homosexuelle Paare

Senat beschließt Gesetzesinitiative im Bundesrat

Der Senat hat heute beschlossen, gemeinsam mit Rheinland-Pfalz einen Gesetzentwurf in den Bundesrat einzubringen, mit dem die Ehe für Paare gleichen Geschlechts geöffnet wird. Sie sollen wie Mann und Frau auf dem Standesamt heiraten können. Gleichgeschlechtliche Paare, die eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen sind, können diese in eine Ehe umwandeln lassen. Der Gesetzentwurf soll in die Bundesratssitzung am 22. März 2013 eingebracht werden.

„Wir wollen eine vollständige rechtliche Gleichstellungen homosexueller Paare. Sie treten genauso füreinander ein wie Eheleute. Mit einer Öffnung der Ehe beseitigen wir alle bestehenden Diskriminierungen auf einen Schlag“, sagte Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek.

Die im Jahr 2001 für homosexuelle Paare eingeführte Möglichkeit, eine Eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, sieht keine vollständige rechtliche Gleichstellung mit der Ehe vor. Eingetragene Lebenspartner haben zwar die gleichen Pflichten, nicht jedoch die gleichen Rechte wie Ehepartner. Zahlreiche Ungleichbehandlungen hat das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahren beanstandet. Das gilt für die Ungleichbehandlungen bei der betrieblichen Altersversorgung, der Erbschaftssteuer, dem beamtenrechtlichen Familienzuschlag, der Grunderwerbssteuer oder zuletzt bei der sogenannten Zweit- oder Sukzessivadoption eines Kindes. Entscheidungen zur gemeinschaftlichen Adoption und zum Einkommenssteuerrecht stehen noch aus.

Durch die Gesetzesinitiative soll § 1353 BGB geändert werden. Eine Ehe soll zukünftig von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts eingegangen werden können. Die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben von dieser gesetzlichen Neuregelung unberührt.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

05. März 2013/pr05

Bundespräsident zeichnet Hamburgerinnen zum Internationalen Frauentag aus

Drei Hamburgerinnen erhalten Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Bundespräsident Joachim Gauck zeichnet anlässlich des Weltfrauentags am Donnerstag, 7. März 2013, 11.00 Uhr, in Schloss Bellevue 33 Frauen mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland aus. Der Bundespräsident würdigt damit beispielhaft das gesellschaftliche Engagement von Frauen und ihre herausragenden Leistungen etwa in der Kultur, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Unter den Ordensträgerinnen sind drei Hamburgerinnen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz gratuliert den ausgezeichneten Frauen: „Das beachtliche Engagement dieser Hamburgerinnen verdient die Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie unterstützen unsere Gesellschaft und motivieren andere, es ihnen gleich zu tun. Es ist besonders schön, dass mit diesen Auszeichnungen anlässlich des Internationalen Frauentages ein deutliches Zeichen zur Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzt wird.“

Informationen zu den ausgezeichneten Frauen aus Hamburg:

Gudrun Halbrock ist Mitbegründerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV). Seit 1972 ist sie dessen stellvertretende Vorsitzende und vertritt den Verein bis heute im Landesfrauenrat. Auch mit der von ihr im Jahr 2002 gegründeten Gudrun Halbrock Stiftung zum Wohle der Kinder engagiert sie sich für die Erziehungskompetenz von Eltern, Erziehern und Lehrkräften. Nach ihrer Pensionierung als Lehrerin erwarb sie die Qualifikation als Psychotherapeutin. Überschüsse aus ihrer psychotherapeutischen Praxis fließen in die Stiftung. Durch die Gründung von Arbeitskreisen, Veröffentlichung von Artikeln in Fachzeitschriften und durch das Schreiben von Büchern, wie zum Beispiel „Seniorenaufbruch – Glück für Alt und Jung – Deutschlands Zukunft“ engagiert sie sich für die Förderung von Erziehungskompetenz in der Demokratie.

Stefanie Hempel ist im Gemeinderat der evangelischen Kirchengemeinde in Blankenese vielfältig engagiert. Sie leitet die Gemeindebriefredaktion, gibt wichtige Impulse in der Gemeindeakademie und ist die Ansprechpartnerin für Kontakte zum Hospizverein. Darüber hinaus gehört Stefanie Hempel zum Blankeneser Freundeskreis des Schleswig-Holstein Musikfestivals. Im Jahr 2000 begann sie mit dem Aufbau, der Organisation und dem Einwerben von Spenden für das Sozialprojekt Jamliner. Der Jamliner ist ein zu einem professionellen Tonstudio umgebauter Bus, der tageweise in sozialen Brennpunkten Hamburgs Halt macht. Mit einer gelungenen Mischung aus Musik und Fürsorge erreicht Jamliner jährlich etwa 300 sozial benachteiligte Hamburger Kinder und Jugendliche und fördert insbesondere die Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund.

Kristina Rhein

Kristina Rhein ist seit mehr als 30 Jahren auf vielfältige Weise ehrenamtlich engagiert. Über 17 Jahre lang leistete sie mehrere Stunden pro Woche Krankenhausseelsorge im Altonaer Krankenhaus. Sie initiierte einen ambulanten Hospizdienst des Johanniterordens mit, ließ sich zur Sterbebegleiterin ausbilden und begleitet Menschen in der letzten Phase ihres Lebens. Außerdem bringt sie sich seit etwa zehn Jahren in der Seniorenbetreuung im Reinckestift in Othmarschen und im Heinrich-Gaus-Haus in Wedel ein. Darüber hinaus gehört Kristina Rhein dem Team des Projekts Life Music now an. In Zusammenarbeit mit der Musikhochschule Hamburg organisiert sie kleine Konzerte in Altenheimen, Kinderheimen und Gefängnissen. Zusätzlich ist sie Vorsitzende des Bauausschusses im Kirchenvorstand der Christuskirche Othmarschen in Hamburg.

Rückfragen:

Pressestelle des Senats

Jan Büchner; Tel.: 428 31- 2183

E-Mail: pressestelle@sk.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/senatskanzlei

8. März 2013/jb08

Internationaler Frauentag 2013

Senat ehrt Gäste, die sich für die Gleichstellung einsetzen

Im Rahmen eines Senatsempfangs zum 102. Internationalen Frauentag ehrte Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek heute im Hamburger Rathaus zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Vertreterinnen von Vereinen und Initiativen, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften, die sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen.

„Die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung ist ein gesamtgesellschaftliches Reformprojekt. Da müssen alle mit anfangen. Deswegen möchte ich ihnen allen für ihr vielfältiges Engagement für die Frauen in dieser Stadt danken,“ sagte Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek.

Der diesjährige Senatsempfang stand im Zeichen der Sichtbarmachung von Leistungen von Frauen. Warum haben Frauen so wenig Platz im öffentlichen Gedächtnis? Warum wird ihr Wirken oft weniger wertgeschätzt? Diesen Fragen ging die Festrednerin Dr. Rita Bake von der Landeszentrale für politische Bildung in ihrem Vortrag nach. An einem Informationstisch konnten sich die Besucherinnen und Besucher über die vielen Projekte informieren, mit denen Leistungen von Frauen in Hamburg sichtbar gemacht werden.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

06.03.2013/kb06

Zürich und Hamburg fördern gemeinsam bildende Künstler

Atelierstipendium für bildende Künstler in der Schweiz zu vergeben

Die Städte Hamburg und Zürich werden 2013 erstmalig ein gemeinsames Residenzprogramm für bildende Künstlerinnen und Künstler durchführen. Ziel des Projekts ist es, das Förderangebot für bildende Künstler in beiden Städten zu erweitern und den Kulturaustausch zwischen Zürich und Hamburg zu stärken.

Vom 1. September 2013 bis 28. Februar 2014 stellt die Kulturabteilung der Stadt Zürich für einen Hamburger Künstler ein Wohnatelier in der F+F Schule für Kunst und Mediendesign in Zürich kostenfrei zur Verfügung. Die Kulturbehörde unterstützt den Stipendiaten mit einem monatlichen Stipendium in Höhe von 1.000.- Euro und übernimmt die Reisekosten. Hamburger Künstlerinnen und Künstler, die ihr Studium in den letzten zehn Jahren abgeschlossen haben, können sich bis zum 15. April bei der Kulturbehörde für das Atelierstipendium in Zürich bewerben. Eine externe Jury entscheidet dann wer das Stipendium bekommt. Im Gegenzug stellt die Kulturbehörde im Jahr 2014 einem Zürcher Künstler ein Wohnatelier in Hamburg für sechs Monate kostenfrei zur Verfügung. Stipendium und Reisekosten werden von der Stadt Zürich getragen.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Zürich genießt mit seiner hohen Galeriendichte, renommierten Institutionen und einer aktiven Künstlerszene einen sehr guten Ruf im Bereich der bildenden Kunst. Dank der Vereinbarung mit der Stadt Zürich können wir es einem Hamburger Künstler ermöglichen, für einige Monate in das vielfältige Kulturleben dieser Stadt einzutauchen und hier Erfahrungen zu sammeln und können im Gegenzug einem Künstler aus Zürich ermöglichen, von der Hamburger Kunstszene zu profitieren.“

Peter Haerle, Direktor der Kulturabteilung der Stadt Zürich: „Die Kulturstadt Zürich sucht den Austausch und den Dialog mit anderen Städten, aus dem Bewusstsein, dass der Blick über den eigenen Tellerrand für eine lebendige Kulturszene essentiell ist. Wir freuen uns über den bevorstehenden Kulturaustausch mit der Stadt Hamburg. Künstlerinnen und Künstler aus beiden Städten werden sich von einer anderen Umgebung inspirieren lassen. Dies trägt zu Ihrer künstlerischen Identität und zur Entwicklung Ihres Werkes bei. Davon profitieren letztlich nicht nur die Kunst-schaffenden selber sondern beide Städte und deren Kulturszenen.“

Die Bewerbungsunterlagen können auf der Website der Hamburger Kulturbehörde heruntergeladen werden:
<http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/stipendien/>

Bewerbungsschluss ist der 15. April 2013, 15 Uhr.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

8.3.2013/kb08



300 Jahre Carl Philipp Emanuel Bach

Städteverbund plant im Jubiläumsjahr 2014 zahlreiche Veranstaltungen zum Schaffen des „Hamburger Bach“

Anlässlich des 300sten Geburtstages von Carl Philipp Emanuel Bach am 8.3.2014, also heute in einem Jahr, planen die sechs Bach-Städte Weimar, Leipzig, Frankfurt (Oder), Berlin, Potsdam und Hamburg unter der Federführung der Kulturbehörde Hamburg ein reichhaltiges Programm zu Carl Philipp Emanuel Bach. Ab Sommer 2013 wird das Programm auch auf der gemeinsamen Internetseite www.cpebach.de präsentiert. Alle Veranstaltungen werden mit einem gemeinsamen Logo beworben, das jetzt im Rahmen der ITB in Berlin präsentiert wird.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Durch die Städtepartnerschaft mit den fünf anderen Bach-Städten entsteht zu Ehren von Carl Philipp Emanuel Bach ein vielfältiges Programm, das bundesweit zahlreiche Gäste zu «300 Jahre C.P.E. Bach 2014» anlocken wird. Unser Ziel ist es, den als «Hamburger Bach» bezeichneten Sohn Johann Sebastian Bachs nicht nur den Liebhaberinnen und Liebhabern der klassischen Musik nahezubringen, sondern auch denjenigen, denen seine Kompositionen bisher weniger bekannt sind.“

Auch wenn Johann Sebastian Bach heute bekannter ist als sein Sohn Carl Philipp Emanuel, genoss dieser bei seinen Zeitgenossen ein weitaus höheres Ansehen als sein Vater. Joseph Haydn und Ludwig van Beethoven galt er als wegweisendes Vorbild für deren eigenes Schaffen. Er ist ein Hauptvertreter der Epoche der musikalischen Empfindsamkeit, die als Bindeglied zwischen Barock und Wiener Klassik fungiert. In Weimar geboren, verbrachte C.P.E. Bach in Leipzig seine Jugend und begann dort sein Studium der Rechtswissenschaft, das er an der Viadrina in Frankfurt (Oder) fortsetzte, um dann am Preußischen Hof in Berlin und Potsdam unter Friedrich dem Großen das Amt des Kammercembalisten zu bekleiden. 1768 wurde Bach Nachfolger seines Patenonkels Georg Philipp Telemann im Amt des städtischen Musikdirektors und Kantors am Johanneum in Hamburg. Am 14. Dezember 1788 verstarb er in Hamburg. Seine sterblichen Überreste sind in der Krypta der St. Michaeliskirche beigesetzt.

Die sechs Bach-Städte nehmen den 300. Geburtstag des Komponisten zum Anlass, um im Jubiläumsjahr 2014 das Leben und Werk dieses herausragenden Komponisten des 18. Jahrhunderts gemeinsam mit einer Vielzahl von Aktivitäten, wie zum Beispiel mit Konzerten, Ausstellungen, Tagungen und musikalischen Stadtspaziergängen, zu würdigen. Zu diesem Zweck haben sich die Städte zu dem Städteverbund „300 Jahre C.P.E. Bach 2014“ zusammengeschlossen.

Im Rahmen der ITB Berlin wird das gemeinsame Logo präsentiert:



Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
Enno.Isermann@kb.hamburg.de



PRESSEINFORMATION

IBA und SchwörerHaus präsentieren innovatives Wohnhaus in Wilhelmsburg

Fertighaus vom Architekten

Ein Musterhaus vom Architekten? Bezahlbare Loftwohnungen? Das müssen keine Widersprüche sein, wie SchwörerHaus und die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg mit dem Wohnhaus Case Study #1 jetzt beweisen. **Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, feierte heute gemeinsam mit IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg, Johannes Schwörer, Geschäftsführer der SchwörerHaus KG und Architekt Paolo Fusi die Fertigstellung des außergewöhnlichen Wohnhauses in Wilhelmsburg Mitte.**

Iba06

Hamburg, 6. März 2013 – „Preiswertes Wohnen im Fertighaus auf hohem Niveau bei besten Energiestandards - und Zugang zu eigenem Grün: Kurz vor ihrer Eröffnung zeigt die IBA mit diesem Projekt wieder einmal neue Wege des Bauens auf. So etwas ist vorbildlich“, sagte Jutta Blankau anlässlich der Fertigstellung des Case Study #1. Im Anschluss enthüllte sie gemeinsam mit Uli Hellweg, Johannes Schwörer und Paolo Fusi die Plakette, mit der das Wohnhaus als IBA-Projekt ausgezeichnet wurde.

Das Case Study #1 bietet sechs Wohnungen zwischen 45 und 150 Quadratmetern auf vier Geschossen. Die Grundidee des von Fusi & Ammann Architekten aus Hamburg entworfenen Stadthauses erklärte der Architekt Paolo Fusi selbst: Sie basiert auf quadratischen Wohnmodulen, die aus vorgefertigten Elementen wie Spannbeton-Hohldecken, Holztafelbau sowie Fertigteilwänden bestehen. Die Innenräume der Module sind klar strukturiert, minimal gestaltet und dadurch sehr flexibel. Durch horizontale und vertikale Kombination entstehen unterschiedliche Grundrisse, die eine individuelle Aufteilung ermöglichen. Die Wohnungen gehen teilweise über mehrere Geschosse und können durch nachträglich einsetzbare Trennwände an veränderte Bedürfnisse angepasst werden. Alle Wohnungen haben Zugang zum eigenen Garten oder einer Dachterrasse.

IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg würdigte in seiner kurzen Ansprache insbesondere die Arbeit der Architekten: „Internationale Bauausstellungen stehen traditionell für anspruchsvolle Architektur sowie innovative Baumaterialien und Bauweise – heute kommen noch hohe energetische Standards hinzu. Das Case Study #1 verbindet all diese Ansprüche auf beispielhafte Weise.“

SchwörerHaus bietet mit dem Haus bewusst eine Neuinterpretation des Fertighauses als Stadthaus an und damit eine Alternative zum suburbanen Wohnen. **Johannes Schwörer, Geschäftsführer der SchwörerHaus KG** aus dem schwäbischen Hohenstein-Oberstetten erklärte: „Für das Einfamilienhaus haben wir in unserem Unternehmen seit über 50 Jahren die vorgefertigte Bauweise inklusive aller

Haustechnikkomponenten im Bereich Elektro, Sanitär und Heizung perfektioniert. Diese wollten wir auf das mehrgeschossige Bauen übertragen. Dafür erschien uns die IBA Hamburg der ideale Rahmen. Mit unserem Konzept sind angemessene Preiskalkulationen möglich, weil Überraschungen auf der Baustelle weitgehend ausgeschlossen werden.“

Das „Case Study #1“ gehört zu den so genannten Smart Price Houses der IBA in Wilhelmsburg Mitte – ebenso wie das kürzlich fertig gestellte „Case Study Hamburg“ und das Haus „Grundbau & Siedler“, das derzeit unmittelbar nebenan entsteht. Als „Bauausstellung in der Bauausstellung“ präsentiert die IBA Hamburg dort auf einem früheren Güterbahngelände insgesamt 17 experimentelle Wohnhäuser und zeigt die Zukunft des Bauens und Wohnens.

Fotos des Gebäudes und der Veranstaltung finden Sie unter folgendem Link:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang (bitte in die rechte Maske auf dem Bildschirm einsetzen): [WctNXEDF](#)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, rainer.mueller@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter



PRESSEINFORMATION

Neues Backhaus an der Windmühle Johanna feiert Eröffnung

Im kleinsten IBA-Projekt wird Brot gebacken

Das kleinste aller rund 60 IBA-Projekte der IBA Hamburg konnte heute seine Fertigstellung mit der Enthüllung der IBA-Plakette feiern: Mit dem kleinen Backhaus neben der historischen Windmühle Johanna in Wilhelmsburg kann nun seit heute, 6. März 2013, der Backbetrieb wieder aufgenommen und die Backtradition von vor mehr als 200 an diesem Ort wieder belebt werden. **Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau und Umwelt, IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg und der Erste Vorsitzende des Wilhelmsburger Windmühlenvereins e.V., Carsten Schmidt, enthüllten zur Einweihung gemeinsam die so genannte IBA-Plakette, die die Fassade eines jeden fertig gestellten IBA-Projekt schmückt.**

Die Windmühle Johanna, Hamburgs bedeutendste Windmühle und Hochzeitsmühle in Wilhelmsburg, ist Wahrzeichen und Identifikationsgebäude der ansässigen Bevölkerung. Bald beherbergt sie das „Hamburger Erlebnis-Mühlenmuseum“: Dort lernen die Besucherinnen und Besucher die Tradition des Wegs vom Getreidekorn bis zum fertigen Laib kennen. Wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist das Backhaus neben der Windmühle. Das „Wilhelmsburger Mühlenbrot“ kommt dort frisch aus dem Holzbackofen.

Hamburg, 6. März 2013/iba06a – „Wilhelmsburg ist um eine Attraktion reicher. Mit der von der IBA geförderten Errichtung des Backhauses wird die Windmühle Johanna zu einem Ort der Bildung und Begegnung im Wilhelmsburger Osten. Ich freue mich, dass der Wilhelmsburger Windmühlenverein und die zahlreichen Sponsoren mit ihrem Engagement die vielfältigen Aktivitäten für Groß und Klein ermöglichen“, **sagte Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt und Schirmherrin für das Projekt**, am Mittwochnachmittag zur feierlichen Eröffnung des Backhauses an der Windmühle Johanna.

Das kleine Backhaus ist ein Fachwerkgebäude aus Backsteinen und einem großen traditionellen Holzofen mit einer Grundfläche von nur gut acht mal sieben Metern und einer Teilfläche von 120 m².

In Zukunft ist geplant, dass die Mühle samt Backhaus im Jahr 2013 durchschnittlich an zwölf Tagen geöffnet sein wird, es wird elf Seniorencafétage geben und zehn Mal im Jahr einen Plattdeutschen Stammtisch. Darüber hinaus bieten die Frauen des Windmühlenvereins und des Landfrauenverbandes einmal im Monat einen Backtag an.

Zudem werden Backhaus und Windmühle in ihrer Nutzung erweitert zu einem Ort der Weiterbildung, Integration und eventuell zu Ausbildungszwecken. Das Angebot soll Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen. Diese Pläne entstanden in Kooperation mit der Stadtteilschule Stübenhofer Weg.

Das Backhaus gehört zu dem IBA-Leitthema Kosmopolis. Es ist unter anderen eines der IBA-Projekte mit dem höchsten Anteil an Unterstützung von Förderern und Sponsoren sowie Mitarbeit von Jugendlichen, die das Projekt in enger Zusammenarbeit gemeinsam verwirklicht haben. **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg** sagte: „Das Backhaus wird nicht nur ein weiterer Anziehungspunkt für die Mühle sein, sondern auch den touristischen- und Freizeitwert sowie des Stadtteils Wilhelmsburg stärken. Es entsteht ein weiterer Ort der Bildung; ein Ort, an dem alles Wissenswerte über das ursprünglichste Grundnahrungsmittel, das Brot, gelernt werden kann. Für das flächenmäßig kleinste

IBA-Projekt war und ist die gute Zusammenarbeit der dafür sehr großen Zahl an Beteiligten ganz besonders vorbildlich – nur so können große wie kleine Projekte realisiert werden.“

Das Backhaus mit dem Holzbackofen, das einst das Auskommen des Müllers sicherte, wird künftig ein wesentlicher Bestandteil des „Erlebnis-Mühlenmuseums“ werden und den traditionellen Weg des Getreidekorns von der Vermahlung zu Mehl und Backschrot bis zur Brotverarbeitung zeigen. **Der Erste Vorsitzende des Wilhelmsburger Windmühlenvereins e.V., Carsten Schmidt, sagte:** „Das Backhaus bietet den Besuchern an den Mahl- und Backtagen nicht nur leckeres Backwerk zu genießen. Dieses Alleinstellungsmerkmal unter den historischen Hamburger Mühlen gibt uns insbesondere die Möglichkeit, die Freude am Backen und das Wissen um Zutaten und Verarbeitung an Kindergruppen und Schulklassen weiterzugeben. Die Windmühle Johanna trägt als Wahrzeichen der Insel, Mühlenmuseum und Hamburger Hochzeitsmühle seit vielen Jahren bereits zum Erlebniswert der Elbinsel Wilhelmsburg bei.“

Schwerpunktnutzung des Backhauses ist die Herstellung eigener Backwaren in traditioneller Weise mit einem Holzbackofen, wie zum Beispiel das „Wilhelmsburger Mühlenbrot“, das mit in der Windmühle Johanna produziertem Roggenschrot und Weizenmehl bisher noch in der Marmstorfer Bäckerei Becker in einem Elektroofen gebacken wird.

Die geschichtsreiche Windmühle Johanna ist 1875 errichtet worden und seit 1941 ein eingetragenes technisches Kulturdenkmal. Die Mühle gehört zu den bedeutendsten Trägern der landwirtschaftlich geprägten Geschichte Wilhelmsburgs.

Fotos des Gebäudes und der Veranstaltung finden Sie unter folgendem Link:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang (bitte in die rechte Maske auf dem Bildschirm einsetzen): [DLxf63vu](#)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, rainer.mueller@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

Mit der internationalen gartenschau hamburg auf Weltreise mitten im Herz der Hansestadt

Die igs 2013 präsentiert sich kurz vor Eröffnung auf der ITB Berlin

Igs06

Hamburg, 06. März 2013 – Warum in die Ferne schweifen, wo das Gute liegt so nah? Fremde Länder, die fünf Weltreligionen, unterschiedlichste Kulturen, faszinierende Pflanzen aus aller Welt, kulinarische Genüsse, sportliche Herausforderungen – das alles und noch viel mehr können die Besucher der internationalen gartenschau hamburg (igs 2013) vom 26. April bis zum 13. Oktober 2013 mitten im Herz der Hansestadt – auf der Elbinsel Wilhelmsburg – erleben. Unter dem Motto „In 80 Gärten um die Welt“ erkunden die Gartenschaubesucher zum Beispiel die Welt der Kontinente, machen Station in der Welt der Häfen oder betätigen sich sportlich in der Welt der Bewegungen. Genau 50 Tage vor Eröffnung gaben igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten und igs-Botschafter und Klappmalkomiker Werner Momsen einen aufregenden Einblick in die fantastische Welt der internationalen gartenschau hamburg.

Zentralafrika und Europa, Juden und Hindus, Klettern und Yoga, regionale und internationale kulinarische Genüsse, Groß und Klein, Alt und Jung, Klassik oder Rock – die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) lässt keine Wünsche offen. „Nach 40 Jahren findet erstmals wieder eine Gartenschau an der Elbe statt, dessen Besuch einer Reise durch die ganze Welt gleicht. Wir laden alle Besucher ein, uns auf eine Weltreise mitten im Herz der Hansestadt zu begleiten!“, so igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten.

80 fantasievoll gestaltete Gärten – eingebettet in sieben Themenwelten – animieren die Weltreisenden zum Bewegen, zum Nachdenken, zum Loslassen, zum Träumen. Hier erfahren sie mehr über fremde Länder, unterschiedliche Kulturen, können sich neuen sportlichen Herausforderungen stellen, einen Blick in die Zukunft der Natur werfen, sich lauschigen Klängen hingeben. „Hier kann auch ich endlich mal mit meiner Frau eine Weltreise machen, da muss ich nicht so weit fahren!“, weiß igs-Botschafter Werner Momsen.

Blumen-, Pflanzen- und Sonderschauen fehlen natürlich auf der igs 2013 auch nicht. Flanieren auf dem duftenden Rosenboulevard, innehalten im bunten Dahliengarten oder die liebevoll gestalteten Kleingärten bestaunen – Garten- und Pflanzliebhaber holen sich hier Anregungen für den heimischen Garten.

Mit den Veranstaltungshighlights, dem Bildungsprogramm „Klasse!“ und „ParkSport“ sorgt die igs 2013 zudem für allerlei Kurzweil. Hochkarätige Künstler wie Ulrich Tukur oder Marquess konnten die Organisatoren für die Gartenschau begeistern. In Anlehnung an die sieben Welten der igs 2013 gibt es beim Bildungsprogramm sieben verschiedene Schwerpunkte: Natur Klasse!, Welt Klasse!, Umwelt Klasse!, Gesunde Klasse!, Wasser Klasse!, Kultur Klasse! und die Bewegte Klasse!, und beim ParkSport finden sich bewegungshungrige Menschen allabendlich zusammen.

Einen Überblick über die Gartenschau können sich die Besucher auf einer der zwei- oder dreistündig andauernden fachkundigen Führungen verschaffen (www.igs-hamburg.de/fuehrungen). Noch gemütlicher wird es mit der Gartenschaubahn, die mit rund 16 Stundenkilometer gemütlich durch die sieben Themenwelten fährt. Und

wer sich dann eine kulinarische Auszeit nehmen möchte, hat dazu an sechs Gastronomiestandorten auf dem Gartenschau Gelände die Möglichkeit. Das Angebot reicht von der kleinen Bude über das Bistro am See bis zur gehobenen Gastronomie im Hotel und Restaurant.

Das Ticket zur Weltreise mitten im Herz der Hansestadt können die Besucher deutschlandweit in Reisebüros über Angebote von Ameropa, Dertour, Thomas Cook und TUI kaufen, in norddeutschen Reisezentren der Deutschen Bahn lösen, außerdem haben viele regionale Busreiseveranstalter Pakete aus Anreise und Gartenschau Besuch in ihrem Programm.

Im norddeutschen Raum bieten vielen Konzertkasse & Touristinformationen die igs -Karte an, eine Übersicht findet sich unter www.igs-hamburg.de/vorverkauf. Ganz bequem kann das Gartenschauticket auch im webshop gekauft werden: www.igs-hamburg.de/webshop. Hier ist seit dem 1. März 2013 auch ein spezielles Veranstaltungsticket der Deutschen Bahn buchbar. Es ermöglicht die An- und Abreise aus ganz Deutschland für 99,- €.

Ein Tagesticket kostet 21 €, ermäßigt 17 €, die Abendkarte – ab 18 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit 9 €, eine Dauerkarte für alle 171 Tage 110 €. Kinder bis sechs Jahre haben freien Eintritt, Jugendliche bis 17 Jahre zahlen sechs €.

Weitere Informationen und Pressebilder unter www.igs-hamburg.de oder www.igs-hamburg.de/presse.

Rückfragen bitte an:

Pressestelle der igs internationalen gartenschau hamburg 2013 gmbh,
Tel. +49(0)40-226 31 98 -400/401/-402, presse@igs-hamburg.de

igs 2013 und die Metropolregion Hamburg: Eine starke Gemeinschaft

Berlin/Hamburg, 06. März 2013/igs06a – Ob gepflegte Stadthäuser, lebendige Stadtteilszenen, Wälder, Gärten, Parks oder die attraktive Region um Hamburg: Alles zusammen macht die lebens- und liebenswerte Metropole Hamburg aus. Das Jahr 2013 ist für die Hansestadt ein besonders aufregendes: Nach 40 Jahren findet erstmals wieder eine Gartenschau hier statt. Vom 26. April bis 13. Oktober 2013 lockt die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) Gäste aus nah und fern auf die Elbinsel Hamburg-Wilhelmsburg und nimmt sie unter dem Motto „In 80 Gärten um die Welt“ mit auf eine aufregende Weltreise. Durch die Gartenschau wird die Metropolregion Hamburg aber nicht nur für Touristen noch attraktiver als bisher, sondern auch für die Hamburger ein bisschen lebenswerter. Wie die Stadt Hamburg und die igs 2013 eine starke Gemeinschaft bilden, verdeutlichten heute auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) Berlin Hamburgs Staatsrat Andreas Rieckhof, Dietrich von Albedyll, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Tourismus GmbH, igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten und igs-Gartenexperte John Langley.

Mit rund 10,6 Millionen Übernachtungen im vergangenen Jahr kann die Hamburger Tourismuswirtschaft auf das beste Ergebnis aller Zeiten zurückblicken. Damit gehört Hamburg nun zu den zehn beliebtesten Städtereisezielen in Europa. Die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) wird mit 2,5 Millionen erwarteten Gästen in diesem Jahr erheblich dazu beitragen, das Rekordergebnis ein weiteres Mal zu steigern.

Staatsrat Andreas Rieckhof, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Die Flussinsel-Gartenschau ist die erste internationale Gartenschau an Elbe und Alster nach 40 Jahren – schon von der touristischen Zugkraft der letzten Gartenschau in den 1970ern wissen wir, dass die Nachfrage enorm sein wird. Damals war Hamburg noch eine „schlafende Schönheit“, inzwischen sind wir zu einer der Top-Destinationen in Europa mit einem boomenden Tourismus geworden, so dass wir uns durch die igs 2013 noch weitere Impulse versprechen, die gewissermaßen „on top“ zur schon bestehenden Nachfrage kommen werden. Zudem macht die igs die Stadt auch lebenswerter für die Hamburger, besonders für die Bürger auf der Elbinsel Wilhelmsburg.“

Dietrich von Albedyll, Vorsitzender der Geschäftsführung Hamburg Tourismus GmbH: „2,5 Millionen Besucher werden bei der igs 2013 erwartet. Erfahrungsgemäß übernachtet jeder 5. Gast einer Gartenschau im näheren Umfeld. Durchschnittlich gibt dabei jeder Übernachtungsgast rund 210 Euro aus - Tagesgäste übrigens 40 Euro. Volkswirtschaftlich gesehen ist die igs 2013 also für Hamburg hoch attraktiv.“

igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten: „Die igs 2013 tut nicht nur der Freien und Hansestadt Hamburg gut, auch die umliegende Region feiert mit und präsentiert sich mit zwanzig attraktiven

touristischen und landschaftlich herausragenden Ausflugszielen. Zudem präsentieren sich die fünf Hamburger Kulturlandschaften auf der igs 2013. Damit zeigt die Hamburger Metropolregion einmal mehr ihre großartige Vielfalt in Kultur und Natur.“

igs-Gartenexperte John Langley: „Ich kenne viele Landes-, Bundes- und internationale Gartenschauen, aber Hamburg wird in seiner komplexen Vielfalt einmalig, überzeugend und nachhaltig. 80 Gärten auf einer Gartenschau – das hat es so vorher noch nicht gegeben. Und wenn ich - wann auch immer - über die Baustelle der igs 2013 gehe, dann bin ich glücklich, Gärtner geworden zu sein.“

Weitere Informationen und Pressebilder unter www.igs-hamburg.de/presse oder www.igs-hamburg.de/aktuelle-pressebilder .

Rückfragen bitte an:

Pressestelle der igs internationalen gartenschau hamburg 2013 gmbh,
Tel. +49(0)40-226 31 98 -400/401/-402, presse@igs-hamburg.de

oder

Hamburg Marketing GmbH, Abteilung Media Relations, Julia Bankus,
Tel. +49(0)40-30051-495, julia.bankus@marketing.hamburg.de

Große Pflanzaktion: Hamburger Gartenschau igs 2013 pflanzt den Frühling!

Igs07

Hamburg, 07.03.2012 – Die Gartenschau kann kommen: Damit den Besuchern gleich zum Beginn des sommerlangen Blumenfestes am 26. April ordentlich was blüht und sie von einem rauschenden Pflanzenmeer empfangen werden, ziehen in den kommenden zwei Wochen mehr als 200.000 Stiefmütterchen, Goldlack, Ranunkeln, Gänseblümchen, Hornveilchen und viele andere Frühjahrsblüher auf das Gelände – eine logistische Meisterleistung für alle beteiligten Akteure: Gartenarchitekten, Aussteller und igs-Planer.

Die Ware liefern 30 Gärtnereien aus Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg. Dort wurde mit viel professioneller Handarbeit und Fürsorge der kultivierte Lenz in den vergangenen 6-8 Wochen vorgetrieben. Fotos heute ab 15 Uhr unter www.igs-hamburg.de/aktuelle-pressebilder/

In der 11. und 12. Kalenderwoche rollen dann fast täglich mit Frühlingsblühern beladene Transporter zum Gartenschaugelände nach Hamburg-Wilhelmsburg. Dann schlägt die Stunde für Johanna Waldeck, im igs-Ausstellerbüro verantwortlich für Organisation und Abwicklung aller gärtnerischen Ausstellungen im Freiland sowie der landschaftsgärtnerischen Wettbewerbe, und Anja Borstelmann, zuständig für die Projektkoordination Pflanzungen auf dem Gartenschaugelände. Sie prüfen am Abladeplatz ein letztes Mal den Flor auf Qualität und Stückzahl und verteilen die Ware an die Blumen- und Zierpflanzengärtner der Garten- und Landschaftsbaubetriebe, die anschließend die Frühjahrsblüher in die vorgesehenen Beete einsetzen. Grundlage hierfür sind die Pflanzpläne der Landschaftsplaner und Gartenarchitekten.

Rückfragen bitte an:

Pressestelle der igs internationale gartenschau hamburg 2013 gmbh,
Tel. +49(0)40-226 31 98-400/401/402/403, presse@igs-hamburg.de

Terminkalender

Vom 11. März bis 16. März 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.03.2013

09:00 Kopenhagen, Langelinie Pavillon, Langelinie 10
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Politischen Forum STRING (Strategic Partnership in the South Western Baltic Sea Trans Regional Area Implementing New Geography)** teil.

Dienstag, den 12.03.2013

18:00 Landesvertretung Hamburg, Jägerstr. 1 - 3, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek spricht im Rahmen der **Delegiertenversammlung des Bundesverbandes Deutscher Patentanwälte** ein Grußwort.

Mittwoch, den 13.03.2013

14:00 Baustelle Musicaltheater im Hafen
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Richtfestes für das neue Musicaltheater der Stage Entertainment GmbH** ein Grußwort.

18:00 Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Staatsrat Volker Schiek nimmt an den **Feierlichkeiten anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Vereins Rom und der Cinti Union e.V.** teil.

18:00 Commerzbank AG, Pariser Platz 1, 10117 Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **Parlamentarischen Abends der Hafen Hamburg Marketing GmbH** eine Rede.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

Donnerstag, den 14.03.2013

09:00 Hotel Steigenberger Conti Hansa, Schlossgarten 7, 24103 Kiel
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an der **Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder** teil.

10:30 Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am **Europatag der Verbraucherschutzministerkonferenz 2013** teil.

10:30 Bundesrat, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer** teil.

15:00 Kalkscheune, Johannisstraße 2, 10117 Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält einen **Vortrag bei der IKK,**

**Plattform Gesundheit zum Thema „Krankenhauskeime:
Schicksal oder ignorierte Gefahr?“.**

- 18:00** Jenischpark, Barlachhaus
Staatsrat Michal Sachs spricht anlässlich eines **Fest- und Informationsabends zum Thema 20 Jahre Parkpfliegerwerk – Jenischpark – des Vereins Freunde des Jenischparks e.V.** ein Grußwort.
- 19:00** Planetarium, Hindenburgstraße 1b
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere von „Lichtmond“.**
- Freitag, den 15.03.2013**
ganztägig Marseille
Bürgermeister Olaf Scholz reist zu **Gesprächen nach Marseille.**
- 11:00** Hafenclub Hamburg
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich der **Verabschiedung von Albrecht Kramer (Ältermann Lotsenbrüderschaft Elbe)** ein Grußwort.
- Samstag, den 16.03.2013**
20:30 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 36
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere „Ich. Welt. Wir. Es zischeln 1000 Fragen“.**